
Jörg Philipp Terhechte

Europäische Verfassungsstudien



Nomos

Jörg Philipp Terbechte

Europäische Verfassungsstudien

Nomos Verlagsgesellschaft

Prof. Dr. Jörg Philipp Terbechte, geb. 1975, ist Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Professor for European and International Economic Law an der University of Glasgow. Er ist zudem geschäftsführender Direktor des Institute for European Integration am Europa-Kolleg, Hamburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020

Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Schrift: Sabon 9,3 auf 12,4 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-3010-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-7396-9 (ePDF)

„Man hätte bereits im Jahre 1955 fragen können, wie sich Europas
Staatenvielfalt wohl mit Hilfe von Milchpreisabsprachen und
Butterbergverwaltung zu einem Bundesstaat sollte wandeln können.“
(Hans Hattenhauer)

„Bereits 2005 wog das Amtsblatt der Union insgesamt mehr als eine Tonne,
soviel wie ein junges Nashorn.“
(Hans Magnus Enzensberger)

„Die Europäer leben in der Angst vor der Desintegration,
während die Union mehr denn je als eine Schicksalsgemeinschaft erscheint.“
(Ivan Krastev)

Geleitwort

Geleitworte sind eine wohl edlere Form als bloße „Vorworte“. Sie sollen den Leser buchstäblich „geleiten“, ihn an der Hand nehmen und neugierig machen sowie Person und Sache des Autors des Werkes würdigen. Geleitworte sind wie die Vorworte eine eigene Literaturgattung in vielen Wissenschaften und in manchen literarischen Künsten. Prologe zu Dichtwerken sind bekannt, stammen aber vom Autor des Werkes selbst. Geleitworte hingegen werden von einer dem Autor nahestehenden Persönlichkeit verfasst; meist handelt es sich um Weggefährten, Kollegen, Mentoren oder auch Schüler. Geleitworte zu rechtswissenschaftlichen Werken sind vor allem in Frankreich, in Spanien, Italien und im lateinamerikanischen Ausland bekannt.

Dieses Geleitwort ist einem Autor gewidmet, der sich schon seit vielen Jahren einen hervorragenden Platz in der Europarechtswissenschaft erarbeitet hat. Er gehört zum Hamburger Kreis der pionierhaften Begründung dieser Disziplin durch *H. P. Ipsen* und er lebt im Freundeskreis der daraus entstandenen „Hamburger Schule“ sowie des Kreises um *Werner von Simson* (Freiburg). Dessen Schüler *J. Schwarze* hat als erster das „Europäische Verwaltungsrecht“ erarbeitet. *J. Schwarzes* Schüler ist seinerseits *A. Hatje*. Dieser wiederum ist der Mentor unseres Autors, der der Leuphana Universität Lüneburg seit längerem ein eigenes wissenschaftliches Profil gibt.

Beim vorliegenden Band handelt es sich um eine Reihe von Einzeluntersuchungen, die zum Teil schon früher veröffentlicht worden sind. Gleichwohl fügen sich die vielfältigen Themen zu einem Ganzen; es handelt sich also nicht um einen bloßen „Sammelband“. Die Pluralität der Studien vermittelt eine große Bereicherung. Ein Höhepunkt findet sich gleich im ersten Teil: „Die Emergenz der Europarechtswissenschaft als eigenständige Disziplin“, nachdem der Verfasser zuvor eine eigene „Einführung“ vorausschickt. Nur in Stichworten können die insgesamt sechs Teile bzw. vielen Abschnitte des Werkes genannt werden, etwa „Wandlungen der Mitgliedschaftsverfassung der EU“ oder „Kohärenz und Autonomie – Die Unionsgrundrechte nach dem Beitritt der EU zur EMRK“. Wir lesen Gedanken zum Grundsatz der „Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde auf dem Prüfstand des Unionsrechts“ sowie einen Abschnitt über die „demokratische Funktion des Wettbewerbs“. Auch das Thema „Rechtsangleichung zwischen Gemeinschafts- und Unionsrecht“ wird behandelt. Der letzte Teil erörtert die „Verfassungsrechtlichen Dimensionen des Europäischen Verwaltungsrechts“.

Der Autor beherrscht souverän die gesamte deutsche und ausländische Literatur. Diese ist fast nicht mehr überschaubar (vergleiche nur die Zusammenstellungen auf S. 126). Der Autor spürt auch höchst sensibel der reichen Judikatur des EuGH nach (zum Beispiel S. 106, 110). In großer Klarheit werden etwa die Pro-

blemkreise „Komparative Anlagen des Europarechts“ sowie „Lingua franca und Wissenschaftsstile“ behandelt. Die „Päpste“ des Europarechts – neben *H. P. Ipsen* etwa *U. Everling*, *W. v. Simson* und *H. von der Groeben* (S. 120) – sind mit ihrem Lebenswerk allenthalben präsent. Der Band ist in allen Teilen von großer Aktualität, etwa auch in Bezug auf den unseligen „Brexit“. Zu Wort kommt auch die wichtige Initiative des französischen Staatspräsidenten *E. Macron*, Europauniversitäten ins Leben zu rufen (2017). Zuvor hatte der Verf. dieses Geleitwortes in Lüneburg eine „europäische Kulturinitiative“ (2016) in seinem dortigen Vortrag („Europarechtswissenschaft – als Kulturwissenschaft“) vorgeschlagen.

Im Ganzen kann man dem Verfasser *J. P. Terhechte* nur gratulieren und danken. Er hat seine weit verstreuten Einzelbeiträge sowie bislang unveröffentlichte Aufsätze zu einem eindrucksvollen Ganzen gefügt, wie dies sonst selten gelingt. Besonders hervorgehoben sei die Ausgewogenheit seiner Argumente, auch in Streitfragen, etwa im Blick auf die in der EU anstehenden Reformfragen. Dem Werk ist eine gute Aufnahme in der europäischen Wissenschaftlergemeinschaft zu wünschen. Es ist hoffentlich nur eine wichtige Etappe im künftigen wissenschaftlichen Lebenswerk des durchaus noch jungen Autors: „science in action“ – parallel zum Europarecht als „law in action“ und „living constitution“.

Bayreuth, im November 2019

Peter Häberle

Vorwort

Der vorliegende Band bündelt eine Reihe von Einzelstudien, die ich in den letzten Jahren zum europäischen Verfassungsrecht publiziert habe, und kombiniert sie mit einigen neuen, bislang unveröffentlichten Beiträgen. Hieraus ergibt sich ein Rundgang durch die aktuelle (mitunter aber auch vergangene) Verfassungsdebatte auf der Ebene der EU. Die Themen sind so vielfältig wie die Verfassungsdebatte selbst: Es geht um die Werte und Prinzipien der EU, die demokratische Legitimation der EU, die europäischen Grundrechte, das europäische Organisationsverfassungsrecht sowie den Einfluss des europäischen Verfassungsrechts auf das EU-Wirtschafts- und Verwaltungsrecht.

Die Zeit für große und kühne europäische Verfassungsentwürfe scheint zumindest vorerst vorüber zu sein. Die hier vorgelegten Einzeluntersuchungen beleuchten vor diesem Hintergrund bewusst verschiedene „Verfassungsaspekte“ des Rechts der EU en détail. Dieser Ansatz führt vor Augen, dass das Verfassungsrechtsdenken weite Teile des Unionsrechts erfasst hat und insbesondere das Wirtschafts- und Verwaltungsrecht der EU fortwährend beeinflusst. Hier wird – vielleicht gegenwärtig ein wenig überraschend – die unverminderte Aktualität des verfassungsrechtlichen Ansatzes deutlich. Und wenn nicht alles täuscht, wird das europäische Verfassungsrecht in den nächsten Jahren womöglich eine Renaissance erleben. Zumindest die jüngere Judikatur des EuGH weist in diese Richtung.

Einige der hier vorgelegten Studien wurden in deutschen oder englischen Fachzeitschriften veröffentlicht, insbesondere in der deutschen Zeitschrift „Europarecht (EuR)“. Andere gehen auf Vorträge an ausländischen und deutschen Universitäten zurück (vgl. dazu die Nachweise der Beiträge i.d.B. S. 793 ff.). Sie wurden alle noch einmal durchgesehen, vereinheitlicht und mit Querverweisen versehen; bei den Urteilen des EuGH wurden die ECLI-Nr. ergänzt.

Danken möchte ich einer Reihe von Kollegen und Freunden, die an der Entstehung vieler Beiträge unmittelbar durch Diskussionen und wichtige Hinweise beteiligt waren. Neben meinem akademischen Lehrer *Armin Hatje*, Hamburg, seien *Ino Augsberg*, Kiel, *Steffen Augsberg*, Gießen, *Marc Bungenberg*, Saarbrücken, *Christoph Herrmann*, Passau und *Christian Tams*, Glasgow, ausdrücklich genannt.

Auch meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Lüneburg möchte ich herzlich danken, insbesondere *Judith Crämer*, *Christoph Kleinberg*, *Gesa Kübek*, *Vanessa Rischawy Mariano*, *Katharina Anna Mittrach*, *Lisa Katharina Paul*, *Hannes Prochno* sowie den Studierenden *Vanessa Günther*, *Jonas Noßwitz*, *Tom Ruppenthal*, *Jennifer Satzel* und *Maximillian Wilkens*. Einmal mehr gebührt ein großer Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit dem

Nomos Verlag und hier insbesondere *Gisela Krausnick, Eduard Schwarzenberger* und *Stefan Simonis*.

Ein besonderer Dank gilt schließlich *Peter Häberle*, dem Altmeister des deutschen und europäischen Verfassungsrechts. Er hat nicht nur das Geleitwort zu diesem Band verfasst, sondern hat mich auch in der Überzeugung bestärkt, dass das Haus Europa trotz aller Probleme weiter gebaut werden muss, was in besonderer Weise für seine Verfassung gilt. Die hier vorgelegten Studien können, so hoffe ich, zu dieser wichtigen Aufgabe etwas beitragen.

Gewidmet ist der Band meiner Frau *Nicole* und unseren Söhnen *Jakob, Jasper* und *Joris*.

Hamburg, im Mai 2020

Jörg Philipp Terhechte

Inhaltsübersicht

Geleitwort	7
Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	45

1. Teil:
Einleitung
Verfassungstudien und Europarechtswissenschaft

1. Europäische Verfassungstudien	61
2. Die Emergenz des Europarechts als Rechtsgebiet – Gründungsmythos und Konsolidierung, wissenschaftliche und curriculare Stabilisierung, politische Desillusionierung und Reformbemühungen	83

2. Teil:
Verfassungsperspektiven der Europäischen Union nach Lissabon
Verfasstheit – Demokratie – Grundrechte

3. Der Vertrag von Lissabon: Grundlegende Verfassungsurkunde der europäischen Rechtsgemeinschaft oder technischer Änderungsvertrag?	143
4. Elemente und Wandlungen der Mitgliedschaftsverfassung der EU – Austritt, Beitritt, Ausschluss, flexible Integration	191
5. Prinzipienordnung der Europäischen Union	217

6.	Werte in den Außenbeziehungen der Europäischen Union	261
7.	Die demokratische Verfasstheit der Europäischen Union nach Lissabon	275
8.	Wandel klassischer Demokratievorstellungen in der Rechtswissenschaft – Europäisierung und Internationalisierung als Herausforderungen	289
9.	Die Rolle der europäischen Grundrechte im Reformvertrag von Lissabon	319
10.	Kohärenz und Autonomie – Die Unionsgrundrechte nach dem Beitritt der EU zur EMRK	335

3. Teil:

Integration und Recht in der Europäischen Union
*Funktion der europäischen Verfassung –
Regulierungswettbewerb – Integrationsgrenzen*

11.	Die Europäische Union als Innovationsverbund – Innovationsverfassung und Innovationen im Recht der EU	363
12.	Eine immer engere Union der Völker Europas	391
13.	Wettbewerb der Regulierungen als Integrationsstrategie in der Europäischen Union	397
14.	Die Rolle des EuGH bei der Schaffung eines sozialen Europas und die gemeinschaftlichen Grenzen des europäischen Systemwettbewerbs	437

15. Unionale Notstandsverfassung und europäisches Wirtschaftsrecht	443
---	-----

4. Teil:

Europäisches und nationales Verfassungsrecht im
europäischen Verfassungsgerichtsverbund
*EU als dauerhafte Gemeinschaft – Lissabon-Urteil –
Vorrang des Unionsrechts*

16. Europäischer Bundesstaat, supranationale Gemeinschaft oder Vertragsunion souveräner Staaten? – Zum Verhältnis von Staat und Union nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG	457
17. Von Lissabon zu Mangold – Die Konsolidierung des europäischen Verfassungsgerichtsverbundes durch das BVerfG ..	471
18. Souveränität, Dynamik und Integration – making up the rules as we go along? – Anmerkungen zum Lissabon-Urteil des BVerfG	475
19. Der Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde auf dem Prüfstand des Unionsrechts	495
20. Temporäre Durchbrechung des Vorrangs des europäischen Gemeinschaftsrechts beim Vorliegen „inakzeptabler Regelungslücken“?	507

5. Teil:
Verfassungsrechtliche Dimensionen des
europäischen Wirtschaftsrechts
*Wirtschafts- und Währungsunion – Wettbewerb – Gemeinsame Handelspolitik –
Investitionsschutz – Rechtsangleichung*

21. Rechtsunion und Währungsunion	533
22. „Constitutional moments“ im europäischen Wettbewerbsrecht? – Wettbewerbsverfassung – Individualisierung – Ökonomisierung	543
23. Die demokratische Funktion des Wettbewerbs	559
24. Die Rolle des Wettbewerbsrechts im Vertrag über eine Verfassung für Europa	567
25. Wandlungen der europäischen Wettbewerbsverfassung und der Vertrag von Lissabon	589
26. (National-)Verfassungsrechtliche Grenzen der Weiterentwicklung des europäischen Außenwirtschaftsrechts	607
27. Art. 351 AEUV, das Loyalitätsgebot und die Zukunft mitgliedstaatlicher Investitionsschutzverträge nach Lissabon	617
28. Im Dienste der Demokratie? – Das institutionelle Gleichgewicht in der Gemeinsamen Handelspolitik der EU	633
29. Konsolidierung oder Emergenz? – Impulse des Lissabonner Vertrags für ein europäisches Rohstoffrecht	651
30. Rechtsangleichung zwischen Gemeinschafts- und Unionsrecht – die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung vor dem EuGH ..	673

6. Teil:

Verfassungsrechtliche Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts
*Konstitutionelle und föderale Dimensionen des europäischen
Verwaltungsrechts – Vollzugsgrundsätze – Befugnisse und Grenzen*

31. Europäisches Verwaltungsrecht und europäisches Verfassungsrecht	691
32. Die föderalen Strukturen der Europäischen Union und das europäische Verwaltungsrecht	733
33. Internationale Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts	761
34. Nebenbestimmungen im europäischen Verwaltungsrecht – Grundlagen und unionsverfassungsrechtliche Grenzen	779
Nachweise der Beiträge	793
Literaturverzeichnis	797
Festgaben und Gedächtnisschriften	891
Entscheidungsverzeichnis	895
Namensverzeichnis	915
Stichwortverzeichnis	917

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	7
Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	45

1. Teil:

Einleitung

Verfassungsstudien und Europarechtswissenschaft

1. Europäische Verfassungsstudien	61
I. Europäisches Verfassungsrecht	65
1. Begriff der Verfassung	66
2. Die postnationale Verfassung der Europäischen Union	67
II. Aktuelle Fragen der Verfassungsentwicklung der EU	69
1. Rolle des Lissabonner Vertrags	70
2. Gegenwärtige Diskussionen	71
III. Begriff der „Verfassungsstudien“	73
IV. Aufbau des Bandes	75
1. Europarechtswissenschaft und EU-Verfassung	76
2. Verfassungsperspektiven der Union nach Lissabon	76
3. Integration und Recht in der Europäischen Union	77
4. Europäisches und nationales Verfassungsrecht im europäischen Verfassungsgerichtsverbund	78
5. Verfassungsrechtliche Dimensionen des EU-Wirtschaftsrechts ..	79
6. Verfassungsrechtliche Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts	81
V. Ausblick	82

2. Die Emergenz des Europarechts als Rechtsgebiet – Gründungsmythos und Konsolidierung, wissenschaftliche und curriculare Stabilisierung, politische Desillusionierung und Reformbemühungen	83
I. Gründungsmythos – DNA – Meilensteine – Status quo	86
1. Grundlagen	86
a) Zweckrationales Projekt ohne Mythos?	86
b) DNA des Unionsrechts	89
c) Basisinnovationen	92
2. Meilensteine: Entwicklung der Verträge	93
a) Friedensmission und supranationale Methode – die EGKS	94
b) Technisch-wirtschaftliche Integration als Fluchtpunkt? ...	95
c) Die Entdeckung des Politischen? – Die Europäische Union	97
3. Status quo: Zwischen Integrationsszenarien und planloser Zufallsintegration?	99
a) Desintegration oder Aufbruch? – Zum Stand der europäischen Integration	99
b) Krise und Reformen der WWU als Ausgangspunkte	99
c) Vertiefung vs. Rückbau	100
d) Ein neues Zeitalter der Weißbücher und Reflexionspapiere?	101
II. Wissenschaftliche Konsolidierung: Europarecht als eigenständiges Rechtsgebiet	102
1. Europarecht als „Rechtsgebiet“	103
a) Vorüberlegungen	103
b) Begriff des Europarechts	104
c) Die Eigenständigkeit des Europarechts in der Rechtsprechung des EuGH	106
d) Ausdifferenzierung nach innen	108
2. Spezifika des Europarechts	110
a) Methodenfrage	110
aa) Gerichtsfokussierte Rechtsauslegung	110
bb) Makroperspektive: Gemeinschafts- und Unionsmethode	112
b) Nachhinkende Interdisziplinarität als Spezifikum?	113
c) Komparative Anlagen des Europarechts	115
d) Lingua franca und Wissenschaftsstile	117
e) Praxisdialog und „hermetische Gefahren“	120

f) Ende der Pioniertage? – Aufkeimende Historisierung	121
g) Nationale Alleingänge als Gefahr für die Autonomie des Unionsrechts	122
h) Rolle europäischer Werte	123
III. Wissenschaftliche und curriculare Stabilisierung	123
1. Wissenschaftliche Stabilisierung durch Prinzipien und Grundsätze	123
2. Wissenschaftliche „Infrastruktur“ und Struktur des wissenschaftlichen Diskurses	125
3. Europarechtswissenschaft in der universitären Ausbildung ...	128
IV. Desillusionierung	129
1. Europarecht in der Krise – Krise des Europarechts	130
2. Wechselbeziehungen zwischen Europarecht und Politik	131
V. Zukünftige Entwicklungen des Europarechts	133
1. Wissenschaft im Krisenmodus?	133
2. Impulse für eine Neuausrichtung der EU-Verträge?	135
3. Zukunftsfragen und Zukunftsaufgaben der Europarechtswissenschaft	137
VI. Schluss	139

2. Teil:

Verfassungsperspektiven der Europäischen Union nach Lissabon
Verfasstheit – Demokratie – Grundrechte

3. Der Vertrag von Lissabon: Grundlegende Verfassungsurkunde der europäischen Rechtsgemeinschaft oder technischer Änderungsvertrag?	143
I. Hintergründe: Die Reform der Reform als Grundmotiv	144
II. Der Vertrag von Lissabon im Überblick	146
1. Eine Union – drei Verträge	147
a) Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	147
b) Wandlungen der Vertragssystematik	148
2. Beitritt zur Union und Austrittsrecht	150
a) Kriterien des Beitritts – Art. 49 EUV n.F.	150
b) Unzureichende Prozeduralisierung – das Austrittsrecht gem. Art. 50 EUV n.F.	151
c) E contrario – Ausschlussrecht?	153

3. Werteunion: Zur Struktur der neuen Ziel- und Wertebestimmungen	153
4. Das Verhältnis der unionalen Ebene zu den Mitgliedstaaten ..	154
a) Vorrang des Unionsrechts	154
b) Kompetenzausübungsregeln	155
c) Kompetenzverteilung	156
d) Die zukünftige Rolle der nationalen Parlamente	158
e) Nationale Gerichte und Gemeinschaftsgerichtsbarkeit	159
5. Reform der Institutionen und Verfahren	159
a) Einheitliche Organisationsstruktur der Union	160
b) Modifizierung und Verfestigung bestehender (Organ-)Strukturen	161
aa) Der Europäische Rat als Organ der „ganzen“ Union ..	161
bb) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik	162
cc) Das Europäische Parlament	163
dd) Die Europäische Kommission	164
ee) Der Europäische Gerichtshof	165
c) Reform der Verfahren	166
aa) Der Rat der Europäischen Union: Die qualifizierte Mehrheit als Regel- und Streitfall	166
bb) Das neue Verfahren der Vertragsänderung	169
6. Die zukünftige Rolle der Grundrechte	170
a) Die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte ...	170
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	172
7. Verdichtung und Ausdifferenzierung des materiellen Unionsrechts	172
a) Die Überführung der dritten Säule in den AEUV	173
b) Neue Politiken und Verdichtung bestehender Politiken ...	173
c) Ausdifferenzierung des Vollzugs: Zunehmende Kodifizierung des europäischen Verwaltungsrechts	174
III. Rhetorische Rückstufungen gegenüber dem Verfassungsvertrag ..	175
1. Die Symbole der Union	176
2. Keine Änderungen des Rechtsgehalts trotz Begriffsänderungen?	176
a) „Verfassung“	176
b) Europäischer Außenminister	176
c) Soziale Marktwirtschaft	177
d) Binnenmarkt und Gemeinsamer Markt	178
e) Handlungsformen	178

IV. Die Unionsverträge als Verfassungsdokumente der europäischen Rechtsgemeinschaft	179
1. Hintergrund: Die europäische Verfassungsdiskussion	179
a) Funktionaler oder normativer Ansatz?	180
b) Eigenständigkeit des Unionsrechts als Ausgangsperspektive	182
c) Die Öffnung des Verfassungsbegriffs für die Ebene des Völkerrechts	182
2. Die Stärkung zentraler Verfassungsfunktionen durch Lissabon	183
3. Die Bedeutung des Vertrags von Lissabon für die unionale Rechtsgemeinschaft	184
a) Verrechtlichung ehemals intergouvernementaler Bereiche ..	185
b) Extension individueller Rechtspositionen	186
V. Fazit	188
1. Der Vertrag von Lissabon und die europäische Verfassung ...	188
2. Einheitspostulat und Rechtsgemeinschaft	188
3. Ausblick	189
4. Elemente und Wandlungen der Mitgliedschaftsverfassung der EU – Austritt, Beitritt, Ausschluss, flexible Integration	191
I. Mitgliedschaftsverfassung als zentraler Baustein des europäischen Verfassungsrechts	193
1. Begriff der unionalen Mitgliedschaftsverfassung	193
2. Ausformung im geschriebenen EU-Verfassungsrecht	194
3. Änderungen der Mitgliedschaftsverfassung im Prozess der europäischen Integration	194
4. Begriff des Wandels	196
II. Elemente der Mitgliedschaftsverfassung der EU	198
1. Geborene Mitgliedschaft im Europa der Sechs	198
2. Beitritt zur EU (Art. 49 EUV)	199
3. Pflichten aus der Mitgliedschaft (Art. 4 EUV)	201
4. Das Austrittsrecht – not to be used?	203
III. Wandlungen der Mitgliedschaftsverfassung der EU	204
1. Ausschluss?	205
2. Partieller Ausschluss?	205
3. Rechtspflicht zum Austritt Währungsunion?	206
a) Art. 50 EUV als abschließende Regelung auf der Ebene der EU	206

b)	Keine automatische Inkorporation der völkerrechtlichen clausula rebus sic stantibus	207
c)	Voraussetzungen der clausula rebus sic stantibus sind ohnehin nicht erfüllt	208
d)	Unterschiedliche Perspektiven von EuGH und BVerfG	208
4.	Flexible Integration als neue Maxime des Unionsrechts?	209
5.	Mitgliedschaftsverfassung und Abspaltung (Sezession)	211
6.	Wandel der Nachbarschaftspolitik und Assoziierung	213
7.	Betonung der Achtung nationaler Identität	214
8.	Ende der Schicksalsgemeinschaft auf unbegrenzte Zeit?	215
IV.	Schlussfolgerungen	216
5.	Prinzipienordnung der Europäischen Union	217
I.	Die Unionsrechtsordnung als Prinzipienordnung	220
1.	Die Rolle von Prinzipien in der unionalen Rechtsordnung	220
2.	Abgrenzungen	221
3.	Typen von Prinzipien	223
4.	Rechtsprinzipien zwischen ungeschriebenem und geschriebenem Recht	224
a)	Herausbildung einer ungeschriebenen Prinzipienordnung ..	224
b)	Sukzessive Kodifizierung der europäischen Prinzipienordnung	225
c)	Die Zukunft der unionalen Prinzipienordnung zwischen geschriebenem und ungeschriebenem Recht	226
II.	Prinzipien des Unionsrechts	227
1.	Prinzip der Integration durch Recht	228
a)	Die Union als Rechtsgemeinschaft	228
aa)	Einheit des Rechts in der Union	229
bb)	Europäischer Rechtsraum	231
cc)	Rechtsstaatliche Prinzipien im Unionsrecht	232
b)	Recht und Politik im Integrationsprozess	234
aa)	Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	234
bb)	Kompetenzordnung und Prinzipien der Kompetenzausübung	235
cc)	Institutionelles Gleichgewicht	237
2.	Supranationales Prinzip	238
a)	Die EU als supranationale Integrationsgemeinschaft	238
b)	Ausformungen	239
3.	Freiheit als Prinzip der europäischen Integration	239

4. Demokratieprinzip	240
a) Repräsentative Demokratie	241
b) Direkte Demokratie	242
5. Unionsgrundrechte als Prinzipien	242
a) Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze	243
b) Charta der Grundrechte	244
c) Europäische Menschenrechtskonvention	245
6. Grundfreiheiten als Prinzipien	246
7. Verbundmoderierende Prinzipien	247
a) Prinzip der loyalen Zusammenarbeit	248
b) Prinzip der (Lasten-)Gleichheit	248
c) Achtung der nationalen Identität	249
d) Subsidiaritätsprinzip	250
e) Verhältnismäßigkeit	251
8. Vollzugsprinzipien	251
9. Soziale Marktwirtschaft und europäische Wirtschaftsverfassung	253
a) Das marktwirtschaftliche Prinzip im Kontext der unionalen Wirtschaftsverfassung	253
b) Relativierungen des marktwirtschaftlichen Prinzips	255
c) Sozialmodell und europäischer Sozialraum	255
III. Unionale Prinzipienordnung und mitgliedstaatliche Verfassungsprinzipien	256
IV. Unionale Prinzipienordnung und Prinzipien der Völkerrechtsordnung	257
V. Fazit	259
6. Werte in den Außenbeziehungen der Europäischen Union	261
I. Werte und Unionsrecht	262
1. Normative Ausgestaltung	262
2. Rechtskategorische Verortung von Werten im Unionsrecht ...	263
3. Praktische Bedeutung	264
II. Entwicklung der Wertefrage in den Außenbeziehungen	265
1. Von der Außenwirtschaftspolitik zur Außenpolitik	265
2. Wertedimensionen des Lissabonner Vertrags	265
3. Europäische Werte und globale Werte	266
4. Wertewandel als Problem?	266
III. Rolle der EU-Institutionen	267

IV. Instrumente des Wertetransports nach außen	267
1. Mitgliedschaft der EU in internationalen Organisationen	268
2. Völkerrechtliche Verträge	268
3. Verwaltungsabkommen	270
V. Durchsetzung der Werte durch besondere Verfahren	270
1. Wertedialog	270
2. Restriktive Maßnahmen gem. Art. 215 AEUV	271
3. Maßnahmen im Rahmen der GASP	272
4. Maßnahmen im Rahmen der ESVP (Art. 42 Abs. 5 EUV)	272
5. Völkerrechtliche Reaktionen bei Wertemissachtung	273
VI. Europas Rolle in der Welt im Spiegel seiner Werte	273
VII. Schluss	273
7. Die demokratische Verfasstheit der Europäischen Union nach Lissabon	275
I. Demokratie und Integration	276
1. Demokratie als Form staatlicher Verfasstheit?	276
2. Demokratie und europäische Integration	277
3. Demokratie und Völkerrecht	278
II. Entwicklung auf europäischer Ebene	278
1. Vom Zweckverband zur politischen Union	278
2. Die Rolle des Europäischen Parlaments	280
III. Der Lissabonner Vertrag	281
1. Allgemeines	281
2. Partizipatorische Demokratie	282
3. Direkte Demokratie	282
4. Die Rolle der nationalen Parlamente	283
5. Ausbau des Mitentscheidungsverfahrens	284
6. Verteidigung der europäischen Demokratie	285
IV. Ausblick	286
8. Wandel klassischer Demokratievorstellungen in der Rechtswissenschaft – Europäisierung und Internationalisierung als Herausforderungen	289
I. Drei Ebenen des rechtswissenschaftlichen Demokratiediskurses ..	292
1. „Staatliche Demokratie“ – Gelingensbedingungen und Verlustängste	294

2. „Supranationale Demokratie“ – Die Europäische Union im Demokratiedilemma	296
3. „Internationale Demokratie“ – Zwischen Konstitutionalisierung und Fragmentierung	298
II. Kontinuitäten der gegenwärtigen Dekonstruktions- und Rekonstruktionsdebatten	300
1. „Postnationale Demokratie“ – Der europäische Bundesstaat als Herausforderung der Demokratietheorie	300
2. „Postdemokratie“ – Eine neue Herausforderung der Demokratietheorie?	301
3. „Neoetatismus“ – Die Rückkehr des starken Staates?	303
III. Formen der Demokratie im Wandel	305
1. Repräsentative Demokratie	305
2. Direkte Demokratie	307
3. Neue Legitimationsmodi	309
IV. Institutionen der Demokratie im Wandel	311
1. Parlamente im Wandel – Legislativverbund, Internationalisierung, Expertokratie	311
2. Die Rolle der politischen Parteien im Wandel	313
3. Demokratische Legitimation der Exekutive und der Judikative im Wandel	315
V. Der Wandel klassischer Demokratievorstellungen und die Aufgabe der Rechtswissenschaft	317
9. Die Rolle der europäischen Grundrechte im Reformvertrag von Lissabon	319
I. Der Vertrag von Lissabon als Grundrechtsreformvertrag?	320
II. Bestandsaufnahme: Grundrechte im primären Unionsrecht	320
III. Die Rolle der Charta der Grundrechte	321
1. Grundrechte und Grundsätze	322
2. Rechtsverbindlichkeit der Charta – Die Verweisungsregelung des EUV	322
a) Hintergrund	322
b) Die GRC als Bestandteil der Verträge?	323
3. Grenzen der Grundrechts(fort)entwicklung	325
4. Das Protokoll Nr. 30 und die einheitliche Anwendung des Unionsrechts	327
5. Die Erklärungen zur Charta und zum Protokoll	329
6. Die Sonderrolle Irlands	330

7. Modifikationen des ursprünglichen Chartawortlauts	331
IV. Bindung an die EMRK und die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	332
V. Fazit	332
10. Kohärenz und Autonomie – Die Unionsgrundrechte nach dem Beitritt der EU zur EMRK	335
I. Entwicklung der unionalen Grundrechtsarchitektur	338
1. Grundrechte als ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze	338
2. Kodifikationsbemühungen	339
3. Bedeutung des Lissabonner Vertrags für die Unionsgrundrechte	341
a) Begrenzungen auf der Ebene des primären Unionsrechts ..	342
b) Opt-Outs als unilaterale Sonderpositionen	342
c) Politische Absicherungen	343
d) Fazit	344
II. Autonomie und Unionsgrundrechte	344
1. Unionsverfassungsrechtliche Vorgaben	344
2. Unionsgrundrechte und nationale Grundrechte	347
III. Der Beitritt der EU zur EMRK – Grundrecht zwischen Autonomie und Kohärenz	347
1. EU und EMRK – eine unglückliche Liebe?	347
2. Gründe für den Beitritt der Union zur EMRK	348
a) Kohärenz	349
b) Die EU als Grundrechtsunion?	350
c) Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten zwischen EGMR und EuGH	352
d) Lückenloser Grundrechtsschutz	352
e) Stärkung von Verfahrensrechten	353
3. Grundrechtliches Mehrebenenmanagement im Verhältnis EU-EMRK	354
a) Die Sonderrolle der EU im System der EMRK	354
b) Judizielle Kooperationsmechanismen	355
aa) Co-Verteidigung	355
bb) Vorherige interne Kontrolle	356
4. Unionsverfassungsrechtliche Grenzen	357
IV. Schlussbemerkungen	358

3. Teil:
Integration und Recht in der Europäischen Union
*Funktion der europäischen Verfassung –
Regulierungswettbewerb – Integrationsgrenzen*

11. Die Europäische Union als Innovationsverbund – Innovationsverfassung und Innovationen im Recht der EU	363
I. Die Unionsrechtsordnung als Innovationsordnung	366
1. Innovationsverfassung	366
2. Innovationen im Recht der EU	368
a) Supranationalität	368
b) Die Rolle des Einzelnen	369
c) Verfassung als Schlüsselbegriff	370
d) Binnenmarkt als Motor der Integration	370
3. Innovationsquelle für das nationale Recht	371
a) Die Europäisierung des mitgliedstaatlichen Privatrechts und genuin europäische (Privat-)Rechtsgebiete	372
b) Staatliches Gewalt- und Strafmopol und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	372
c) Offene Staatlichkeit im europäischen Verwaltungsraum – das Öffentliche Recht	373
4. Unionsrechtliche Innovationen als Variationen des Bestehenden?	376
II. Gefahren und Grenzen für die Innovationskraft des Unionsrechts	377
1. Völkerrecht als Ausweichordnung	378
2. Unilaterale Sonderwege	379
3. Die offene Finalität des Integrationsprozesses	380
4. Europarechtswissenschaftliche Abschottungsdiskurse als Innovationshemmnisse	381
5. Grenzen der Innovation durch mitgliedstaatliches Recht?	383
III. Mögliche Innovationsschritte	383
1. Gestaltform der EU	384
2. Europäische Regierung	385
3. Demokratische Legitimation	386
4. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	387
5. Europäische Wirtschaftspolitik	388
IV. Fazit	389

12. Eine immer engere Union der Völker Europas	391
I. Verspätete Debatte als Kernproblem	391
II. Zukunftsszenarien	392
III. Notwendige und vorstellbare Reformschritte	394
1. Steigerung der Effektivität der Unionsorgane	394
2. Intensivierung der Integration aus einer Gesamtperspektive ..	395
3. Europäische Öffentlichkeit und Demokratie	395
4. Europäische Außenpolitik	395
5. Klare Verantwortlichkeitsstrukturen	396
13. Wettbewerb der Regulierungen als Integrationsstrategie in der Europäischen Union	397
I. Die föderale Verfasstheit der Union als Grundlage des Wettbewerbs der Regulierungen	399
1. Zentralismus, Föderalismus und der Wettbewerb der Regulierungen	399
2. Europäischer Bundesstaat, funktionale Integration und Binnenmarkt	400
3. Das Modell des supranationalen Föderalismus als Anknüpfungspunkt	402
4. Der föderal organisierte europäische Verfassungs- und Verwaltungsverbund als Leitbild	404
5. Verbundstrukturen und Systemwettbewerb	404
II. Das unionale Kompetenzgefüge als Anknüpfungspunkt des Systemwettbewerbs	405
1. Allgemeines	405
2. Gegenwärtige Rechtslage	405
a) Ausschließliche Kompetenzen und Regulierungswettbewerb	405
b) Konkurrierende Kompetenzen und Regulierungswettbewerb	407
3. Der Vertrag von Lissabon: Reformen des Kompetenzgefüges und ihr Einfluss auf den Wettbewerb der Rechtsordnungen ..	408
III. Die Rolle der Grundfreiheiten im Kontext des Regulierungswettbewerbs	408
IV. Erscheinungsformen des Regulierungswettbewerbs in der Europäischen Union	409
1. Wettbewerb der Gründungsverträge?	409

2. Horizontaler Regulierungswettbewerb	411
a) Steuerrecht	412
b) Umweltrecht	413
c) Gesellschaftsrecht	414
d) Sozialrecht	416
3. Vertikaler Regulierungswettbewerb	418
4. Fazit	418
V. Weitere Integrationsstrategien	419
1. Die europäische Integrationsverfassung	420
a) Allgemeines	420
b) Integrationsverfassung und Freiheitsgewährung	422
c) Fazit	423
2. Rechtsangleichung	423
3. Rechtsvereinheitlichung	425
4. „Geplante Integration“ am Beispiel der europäischen Agrarpolitik	426
5. Deregulierung	427
VI. Handlungsformen: Die Richtlinie und der Wettbewerb der Regulierungen	427
VII. Einheitssichernde Prinzipien und ihre prozeduralen Korrelate als Grenzen	428
1. Der Grundsatz der Solidarität	429
2. Die Zielbestimmung des Art. 2 EGV	430
3. Der Grundsatz der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts	431
4. Prozedurale Einheitssicherung	431
a) Die Rolle des Vorabentscheidungsverfahrens als „Wettbewerbsbremse“	432
b) Die Rolle des Vertragsverletzungsverfahrens	433
5. Grenzen des nationalen Rechts	433
VIII. Ausgleichsmechanismen für die „Verlierer“ eines Systemwettbewerbs	434
IX. Eine solidarische Wertegemeinschaft und ihre Integration	435
14. Die Rolle des EuGH bei der Schaffung eines sozialen Europas und die gemeinschaftlichen Grenzen des europäischen Systemwettbewerbs	437
I. Die (exponierte) Rolle des Europäischen Gerichtshofes im Rahmen der europäischen Integration als Ursache der Kritik	438

II. Wettbewerb der sozialen Systeme	439
III. Ausblick: Das soziale Europa und der Vertrag von Lissabon	441
15. Unionale Notstandsverfassung und europäisches Wirtschaftsrecht	443
I. Zum Begriff der Notstandsverfassung	444
II. Notstand und Notstandsverfassung im Unionsrecht	445
1. Allgemeines	445
2. Solidarität im Notstand – der neue Art. 222 AEUV	446
3. “The apocalypse would need to happen first” – Die Allgemeine Notstandsklausel (Art. 347 AEUV)	447
4. Sektorielle Notstandsklauseln und ordre public Vorbehalte ..	448
III. Unionale Notstandsverfassung und europäisches Wirtschaftsrecht	449
1. Allgemeines	449
2. Gravierende Versorgungsschwierigkeiten als Notstand (Art. 122 AEUV)	449
3. Grundfreiheiten und Notstand	450
4. EU-Kartellrecht und Notstand	450
5. EU-Beihilfenrecht und Notstand	451
IV. Weitere Notstandselemente im EU-Recht	451
V. Funktionen der Notstandsregelungen und die Rolle der EU- Institutionen	452
VI. Notstand und Souveränität der Mitgliedstaaten	453
VII. Schluss	453

4. Teil:

Europäisches und nationales Verfassungsrecht im
europäischen Verfassungsgerichtsverbund
*EU als dauerhafte Gemeinschaft – Lissabon-Urteil –
Vorrang des Unionsrechts*

16. Europäischer Bundesstaat, supranationale Gemeinschaft oder Vertragsunion souveräner Staaten? – Zum Verhältnis von Staat und Union nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG	457
I. Das supranationale Konzept der Union und der europäische Bundesstaat	458
II. Verfassungs- oder Vertrags(rechts)verhältnis?	461
1. Der Austritt aus der Union als Vertragsauflösung?	462
2. Der Vorrang des Unionsrechts und der europäische Rechtsprechungsverbund	463
III. Ausreichender nationaler Gestaltungsraum als Grenze der Integration	464
IV. Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im Kontext der europäischen Integration	466
V. Die Aufgabe der Europarechtswissenschaft	467
1. Demokratiedebatte als Auftrag	468
2. Der europäische Verantwortungsverbund im Lichte der Unionstreue	469
3. Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit	469
VI. Fazit	470
17. Von Lissabon zu Mangold – Die Konsolidierung des europäischen Verfassungsgerichtsverbundes durch das BVerfG ..	471
I. Identitäts- und ultra-vires-Kontrolle	471
II. Hintergrund des Verfahrens	471
III. Konsolidierung des Verfassungsgerichtsverbunds durch judicial self-restraint?	472

18. Souveränität, Dynamik und Integration – making up the rules as we go along? – Anmerkungen zum Lissabon-Urteil des BVerfG	475
I. Making up the rules as we go along – zum Problem des fehlenden verfassungsrechtlichen Maßstabs	477
II. Dynamik versus Souveränität – Zur Rolle des Staates in der europäischen Integration	479
1. Die Dynamik des Unionsrechts und die Kopplung an das deutsche Verfassungsrecht	479
a) Erosion der Souveränität durch die Dynamik des Unionsrechts?	479
b) Änderungen des Primärrechts nach dem Vertrag von Lissabon – Dynamik adé?	480
c) Vertragsabrundungskompetenz und Zustimmungsgesetz gem. Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	481
2. Staatliche Souveränität als Kontrapunkt zur Dynamik des Unionsrechts	483
3. Der Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit	484
III. Keine Demokratie jenseits des Staates?	485
IV. Supranationalität versus Völkerrecht	486
1. Vom „ausbrechenden Rechtsakt“ zum Ultra-vires-Akt	487
2. Vertragsunion souveräner Staaten	488
3. Die supranational verfasste, föderale Union als ausgeschlagenes Angebot?	489
V. Zu den verfassungsrechtlichen Grenzen der (sektoriellen) europäischen Integration und den Grundzügen einer Staatsaufgabenlehre	490
1. Die Zukunft der europäischen Außenpolitik	490
2. Weitere integrationsfeste Kerne in extenso?	491
VI. Prozedurale Ausgestaltung von Ultra-vires-Akten und Identitätskontrolle durch das BVerfG	492
VII. Gesamteinschätzung und Ausblick	492
19. Der Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde auf dem Prüfstand des Unionsrechts	495
I. Die Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde und die Vorlagepflicht	497
1. Allgemeines	497

2. Anregung der Vorlage und Subsidiaritätsgrundsatz – iura novit curia?	498
3. Verallgemeinerungsfähigkeit der Ausführungen des BVerfG ..	500
4. Die Ausgestaltung des deutschen Prozessrechts im Lichte des europäischen Rechtsprechungsverbundes	500
II. Ist die Vorlagepflicht im Revisionszulassungsverfahren darlegungsbedürftig? – Zur verfahrensrechtlichen Dimension des Beschlusses	501
III. Schluss	505
20. Temporäre Durchbrechung des Vorrangs des europäischen Gemeinschaftsrechts beim Vorliegen „inakzeptabler Regelungslücken“?	507
I. Zum Hintergrund	508
II. Der Beschluss des OVG Münster	510
1. Das Ausgangsverfahren	510
2. Die Lösung des OVG	511
a) Keine Rechtfertigung	511
b) Grenzen des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	512
c) Keine Vorlagepflicht	513
III. Der Beschluss des BVerfG	513
IV. Der europarechtliche Hintergrund	514
1. Temporäre Suspendierung des Vorrangs	514
a) Hintergrund: Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts	514
b) Ausnahmen vom Prinzip des Vorrangs	515
aa) Temporäre Durchbrechung und Rangfrage	516
bb) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ..	516
cc) Die zeitliche Dimension des Vorabentscheidungsverfahrens	517
dd) Vorrang und Gesetzeslücken	518
ee) Keine Regelungslücke im deutschen Recht	519
2. Einstweiliger Rechtsschutz und Vorlagepflicht	520
a) Allgemeines	520
b) Auslegungs- oder Gültigkeitsfrage?	522
3. Zu den Kriterien des OVG Münster	523
V. Folgen eines gemeinschaftsrechtswidrigen Beschlusses	524
1. Folgen auf der Ebene des Gemeinschaftsrechts	524
a) Vertragsverletzungsverfahren gem. Art. 226 EGV	524
b) Gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch	525

c) Durchbrechung der Rechts- bzw. Bestandskraft	526
2. Folgen auf der Ebene des nationalen Rechts	526
a) Vorlagepflicht zum BVerfG gem. Art. 100 Abs. 1 2. Alt. GG	526
b) Verletzung der Vorlagepflicht zum EuGH	527
VI. Schluss	528

5. Teil:

Verfassungsrechtliche Dimensionen des
europäischen Wirtschaftsrechts

*Wirtschafts- und Währungsunion – Wettbewerb – Gemeinsame Handelspolitik –
Investitionsschutz – Rechtsangleichung*

21. Rechtsunion und Währungsunion	533
I. Begriffsentfaltungen	534
1. „Rechtsunion“ als Projekt juristischer Romantik?	534
2. Rechtliche Gestaltung der Währungsunion	536
II. Vier Problemfelder	537
1. Exklusivität des Rechts der Rechtsunion	538
2. National Judges as watchdogs of Europes (fiscal) future?	539
3. Rolle der europäischen Institutionen	540
4. Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion?	541
III. Schluss	542
22. „Constitutional moments“ im europäischen Wettbewerbsrecht? – Wettbewerbsverfassung – Individualisierung – Ökonomisierung	543
I. „Constitutional moments“ in der Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	544
1. „Constitutional moments“ im U.S.-Verfassungsrecht	544
2. Exekutive und judikative „constitutional moments“ im Unionsrecht?	545
II. Emergenz der europäischen Wettbewerbsverfassung	546
1. Primärrechtliche Ausformung und Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	547
2. Verkoppelung mit dem Primärrecht im Allgemeinen	549

3. Zweifelhafte Reformen über Bande? – die VO 1/2003	549
4. Die europäische Wettbewerbsverfassung als Gestaltungsaufgabe der Judikative und Exekutive?	550
III. Individualisierung: Die Rolle des Einzelnen und der Rechtsschutz im europäischen Wettbewerbsrecht	551
1. Unmittelbare Anwendbarkeit des europäischen Wettbewerbsrechts	551
2. Rechtsschutz als Motor der Individualisierung	552
3. Die steigende Bedeutung der EU-Grundrechte für das europäische Wettbewerbsrecht	553
4. Ausblick	554
IV. Ökonomisierung als neues Verfassungsparadigma?	554
1. „More Economic Approach“ als theoretisches Leitbild	555
2. Rechtsprechung des EuGH	555
3. Ausblick	556
V. Fazit	557
23. Die demokratische Funktion des Wettbewerbs	559
I. Wettbewerb, wirtschaftliche Gleichheit und Demokratie	560
II. Die gesellschaftspolitische Funktion des Kartellrechts als vergessene Dimension	561
III. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	562
1. Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes	562
2. Bedeutung der Grundrechte	563
3. Bedeutung des Demokratieprinzips	564
IV. Wirtschaftliche Gleichheit, Kartellrecht und Demokratie im Recht der EU	564
V. Schluss	565
24. Die Rolle des Wettbewerbsrechts im Vertrag über eine Verfassung für Europa	567
I. Normative Anknüpfungspunkte und materiell-rechtliche Ausgestaltungen	568
1. Zielbestimmungen	568
2. Zuständigkeitsregelungen	570
3. Materielle Bestimmungen	570
II. Wettbewerbsrecht als ausschließliche Gemeinschaftskompetenz? ..	571
1. Bisherige Rechtslage	571

2. Die Regelungen des Verfassungsentwurfs	571
III. Wettbewerbsrecht, Unionsziele und Querschnittsmaterien	574
IV. Das wettbewerbsrechtliche Umfeld des Verfassungsentwurfs – neue Entwicklungen auf dem Gebiet des europäischen Wettbewerbsrechts	575
1. Die neue Kartellverfahrensverordnung (VO Nr. 1/2003)	576
a) Überblick	576
b) Vom Anmeldesystem zum System der Legalausnahme	577
c) Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 81 Abs. 3 EGV	577
d) Ausbau der Kommissionsbefugnisse und das ECN	578
2. Die neue Fusionskontrollverordnung	580
a) Modifikation des materiellen Prüfkriteriums	581
b) Der neue Verweisungsmechanismus	583
c) Das neue Verfahren in der Fusionskontrolle	584
3. Weitere Neuerungen im europäischen Wettbewerbsrecht	585
V. Schluss	585
25. Wandlungen der europäischen Wettbewerbsverfassung und der Vertrag von Lissabon	589
I. Die europäische Wettbewerbsverfassung – Begriff und Bedeutung	591
II. Ein Blick zurück: Die Wettbewerbsverfassung des EVV	593
III. Die europäische Wettbewerbsverfassung nach Lissabon	594
1. Keine Erwähnung des Wettbewerbsprinzips in den Zielen	595
2. Das Protokoll über den Binnenmarkt und den Wettbewerb ..	596
3. Ausschließliche Kompetenz der Union?	597
4. Demokratisierung durch die Hintertür?	597
5. Berücksichtigung von Querschnittsmaterien als Problem?	598
IV. Herausforderungen an die europäische Wettbewerbsverfassung ..	599
1. Die Notstandselemente der europäischen Wettbewerbsverfassung und die Wirtschaftskrise	599
a) Spezielle Ausnahmetatbestände im Beihilfenrecht	600
b) Das Strukturkrisenkartell und seine Bedeutung im Gemeinschaftsrecht	601
c) Die allgemeine Notstandsklausel des Art. 297 EGV	602
d) Fazit	602
2. Defizite und Zukunftsaufgaben	603
V. Schlussbemerkungen	604

26. (National-)Verfassungsrechtliche Grenzen der Weiterentwicklung des europäischen Außenwirtschaftsrechts	607
I. Das Lissabon-Urteil und das Außenwirtschaftsrecht	608
1. Einheitlicher verfassungsrechtlicher Vorbehalt für die Vertiefung der Integration?	608
2. Verfassungsrechtliche Anfragen an die gemeinsame Handelspolitik	610
a) Materiell-rechtliche Erweiterungen der GHP	611
b) Die künftige Rolle der EU-Mitgliedstaaten in der WTO ..	612
c) Ausländische Direktinvestitionen nach Lissabon	613
d) Die Zukunft der mitgliedstaatlichen BITS	614
II. Fazit	614
27. Art. 351 AEUV, das Loyalitätsgebot und die Zukunft mitgliedstaatlicher Investitionsschutzverträge nach Lissabon	617
I. Umfang der Kompetenzübertragung	620
1. Gemeinschaftsrechtliche Kompetenzen im Bereich des Investitionsschutzes	620
2. Umfang der neuen Kompetenz für „ausländische Direktinvestitionen“	620
II. Die Zukunft der mitgliedstaatlichen BITS: Der Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit als Ausgangspunkt	622
III. Das Schicksal mitgliedstaatlicher BITS im Lichte des Art. 351 Abs. 2 AEUV	623
IV. Neuere Rechtsprechung des EuGH zu der Problematik	624
V. Art. 351 AEUV im Lichte europäischer Verfassungsprinzipien ...	625
1. Das Prinzip der einheitlichen Geltung	625
2. Das Gebot der loyalen Zusammenarbeit	626
3. Praktische Wirksamkeit des Unionsrechts	628
VI. Die Folgen der Kompetenzübertragung	628
1. Kündigung bzw. Anpassung der Altverträge	629
2. Bindungswirkung der Altverträge jenseits des Art. 351 Abs. 1 AEUV?	629
3. Gegenseitige Rücksichtnahme in der Übergangszeit	630
VII. Die neue Zuständigkeit für ausländische Direktinvestitionen im Lichte des Lissabon-Urteils	630
VIII. Fazit: Der Vertrag von Lissabon und mitgliedstaatliche BITS	631

28. Im Dienste der Demokratie? – Das institutionelle Gleichgewicht in der Gemeinsamen Handelspolitik der EU	633
I. Die institutionellen Neuerungen in der Gemeinsame Handelspolitik und das EU-Verfassungsrecht	633
II. Das institutionelle Gleichgewicht als Verfassungsprinzip der EU ..	635
1. Allgemeines	635
2. Institutionelles Gleichgewicht als Ausdruck unvollkommener Gewaltenteilung?	637
3. Beschreibungsformel oder Verfassungsprinzip?	638
4. Frühe Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit	640
5. Institutionelles Gleichgewicht im Dienste der Demokratie? ...	641
III. Probleme und Grenzen der Verschiebung des institutionellen Gleichgewichts in der Gemeinsamen Handelspolitik der EU	642
1. Allgemeine Bedeutung des Lissabonner Vertrags für die GHP ..	642
2. Vier Problemfelder: Delegierte Rechtsetzung, Rolle sonstiger Organe und Institutionen, vertragliche Handelspolitik und staatliche Institutionen und Organe	643
a) Delegierte Rechtssetzung und die Rolle des Europäischen Parlaments	643
b) Einfluss der sonstigen Unionsorgane und -einrichtungen auf die GHP	645
c) Art. 218 AEUV und die vertragliche Handelspolitik	646
d) Zusammenspiel der Unionsorgane und der mitgliedstaatlichen Organe	647
IV. Schlussfolgerungen	648
29. Konsolidierung oder Emergenz? – Impulse des Lissabonner Vertrags für ein europäisches Rohstoffrecht	651
I. Die EU im globalen Rohstoffwettbewerb	653
1. Rohstoffe und Rohstoffrecht	653
2. Rohstoffabhängigkeit der EU im globalen Kontext	654
3. Entwicklungen auf dem Weltrohstoffmarkt	656
4. Rechtliche Steuerung des globalen Rohstoffmarktes	657
II. Vorgaben des Unionsrechts	657
1. Normative Grundlagen	658
2. Rohstoffrecht als eigenständiges Rechtsgebiet?	659
3. Impulse durch den Lissabonner Reformvertrag	660
a) Konsolidierung der europäischen Energiepolitik	661

b) Stärkung des außenpolitischen Profils der Union	661
c) Ausweitung der Kompetenzen im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik	662
d) Entwicklung des europäischen Umweltrechts	663
III. Grundstrukturen und Abgrenzungen	664
1. Rohstoffrecht zwischen Binnenmarkt und Umweltpolitik	664
2. Ziele und Prinzipien des europäischen Rohstoffrechts	665
a) Versorgungssicherheit	666
b) Nachhaltigkeit	666
c) Effizienz	667
d) Allgemeine Ziele und Prinzipien des Unionsrechts	667
3. Unionales Rohstoffrecht und nationales Recht	668
4. Unionales Rohstoffrecht und Völkerrecht	668
IV. Der Kontext der europäischen Rohstoffinitiative	669
1. Die europäische Rohstoffinitiative	669
2. Europäische Rohstoff-Governance	670
3. Die Aufgabe der europäischen Rechtswissenschaft	671
V. Schluss	671
30. Rechtsangleichung zwischen Gemeinschafts- und Unionsrecht – die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung vor dem EuGH ..	673
I. Der casus belli: Die Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten	674
1. Vorgeschichte und Gegenstand der Richtlinie	674
2. Das Problem der einschlägigen Ermächtigungsgrundlage	675
II. Die wesentlichen Argumentationslinien des EuGH: Die Abgrenzung zwischen den europäischen Verträgen und die Schwerpunktmethodik	677
III. Rechtsangleichung zwischen Binnenmarkt und PJZS	677
1. Die strikte Abgrenzung von Unions- und Gemeinschaftsrecht als Grundmotiv	678
2. Keine Frage der Grundrechte? – Zum Prüfungsmaßstab	680
3. Vorratsdatenspeicherung und Binnenmarkt – Zur Reichweite des Art. 95 EGV	682
4. Notwendigkeit einer Neufassung des Art. 95 EGV?	685
5. Umgehung der Abstimmungsmodi als Problem – Lissabon als Lösung?	685
IV. Ausblick – Eine weitere Bewährungsprobe für den europäischen Rechtssprechungsverbund?	686

6. Teil:

Verfassungsrechtliche Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts
*Konstitutionelle und föderale Dimensionen des europäischen
Verwaltungsrechts – Vollzugsgrundsätze – Befugnisse und Grenzen*

31. Europäisches Verwaltungsrecht und europäisches Verfassungsrecht	691
I. Europäisches Verfassungsrecht als Kategorie des Unionsrechts ...	694
II. Der Vorrang des europäischen Verfassungsrechts	696
III. Die unionsverfassungsrechtlichen Vorgaben für das europäische Verwaltungsrecht	697
1. Europäisches Verwaltungsrecht und Integrationsprogramm ..	697
2. Die Rolle der allgemeinen Rechtsgrundsätze	698
3. Vollzug als Aufgabe der Mitgliedstaaten	699
4. Die Rolle der Unionsorgane	700
a) Die Europäische Kommission als Vollzugsorgan	700
b) Der EuGH als Hüter der Integration	701
c) Die Rolle des Europäischen Parlaments und die demokratische Legitimation des europäischen Verwaltungsrechts	703
d) Der Rat der Europäischen Union	703
5. Vollzugsprinzipien und europäisches Verfassungsrecht	704
a) Allgemeine Rechtsgrundsätze	704
aa) Verhältnismäßigkeit	705
bb) Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	707
cc) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	708
dd) Verfahrensrechte	710
b) Europäische Grundrechte	711
c) Handlungs- und Wirkungsformen	711
d) Verwaltungszusammenarbeit	712
e) Kodifizierungsermächtigungen	713
6. Steuerung des Verwaltungsvollzugs durch das europäische Verfassungsrecht	714
a) Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten als Ausgangsperspektive	714
b) Steuerung des Vollzugs durch die unionale Ebene	714
aa) Prinzip der einheitlichen Anwendung	715
bb) Äquivalenzprinzip	715
cc) Effektivitätsprinzip	716

dd) Verbundmoderierende Prinzipien	717
(i) Unionstreue	717
(ii) Lastengleichheit	718
7. Vom Trennungs- zum Kooperationsprinzip	719
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Grenzen für die Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts	720
1. Verfassungsrechtliche Ausgangslage – Die Unionskompetenzen nach Lissabon	721
2. Wandel der Referenzgebiete?	723
a) Evolution von Referenzgebieten durch Vertragsrevisionen ..	723
b) Neue Entwicklungen durch den Lissabonner Vertrag	723
c) Charakteristika der Referenzgebiete: Abkehr vom Binnenmarkt?	724
3. Grenzen der Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts	725
V. Europäisches Verwaltungsrecht und völkerrechtliche Nebenverfassungen	727
1. Rolle des EMRK-Rechts	729
2. Rolle des WTO-Rechts	730
VI. Fazit	731
32. Die föderalen Strukturen der Europäischen Union und das europäische Verwaltungsrecht	733
I. Die Bedeutung der föderalen Anlage der Union für das europäische Verwaltungsrecht	734
1. Die EU als föderales Mehrebenensystem	734
2. Exekutivföderalismus und demokratische Legitimation	736
3. Kooperativer Föderalismus und europäischer Verwaltungsverbund	737
II. Das europäische Verwaltungsrecht als „Mehrebenenverwaltungsrecht“	738
1. Von der Europäisierung des nationalen Verwaltungsrechts zum europäischen Verwaltungsraum	739
2. Unionseigener und unionsmittelbarer Vollzug	741
3. Ausdifferenzierung der Vollzugsmodelle	741
III. Grundprinzipien des europäischen Verwaltungsrechts im Lichte des föderalen Prinzips	742
1. Grundlagen der Aufgabenverteilung	742
a) Föderale Zuständigkeitsordnung	742

b) Geltungs- und Anwendungsmodus des Unionsrechts	744
c) Verfahrensautonomie	745
2. Steuerung des Vollzugs durch die unionale Ebene	747
a) Das Prinzip der einheitlichen Anwendung	747
b) Das Äquivalenzprinzip	747
c) Das Effektivitätsprinzip	748
3. Verbundmoderierende Prinzipien	748
IV. Rechtsschutz	750
V. Das europäische Verwaltungsrecht nach Lissabon	751
1. Intensivierung der Verwaltungskooperation	752
2. Wandlungen des Rechtsschutzmodells	753
VI. Ausblick	753
1. Kodifizierung und föderale Balance	754
2. Neue Herausforderungen	755
3. Künftige Aufgaben der Rechtswissenschaft	758
33. Internationale Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts	761
I. Vielzahl der Dimensionen	762
1. Komparative Anlage des europäischen Verwaltungsrechts	762
2. Unionsrecht und internationales Recht	763
3. Internationales Kooperationsverwaltungsrecht	764
4. Die Europäische Union als internationaler (Verwaltungs-)Akteur	764
5. Internationale Dimensionen als Herausforderungen des Verwaltungsverbundes	765
II. Rahmen des EU-Verfassungsrechts	766
1. Grundsätzliches zum Verhältnis von Unionsrecht und Internationalem Recht	766
2. Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit	767
3. Grenzen der Inkorporation des Internationalen Rechts	767
a) Autonomie	768
b) Kompetenzfragen	769
c) Grundrechte	770
d) „Institutioneller Selbststand“	770
III. Einflüsse des Internationalen Rechts auf das europäische Verwaltungsrecht	771
1. Die EU und internationale Organisationen	771
2. Die EU als Partner internationaler Verträge	771

3. Internationalisierung der Referenzgebiete des europäischen Verwaltungsrechts	773
4. Agencification und internationale Verfahrensstandards	773
5. Internationales Recht als Ausweichordnung?	774
IV. Ausstrahlungswirkung des Unionsrechts auf die internationale Ebene	775
1. Europäisches Verwaltungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht	775
2. Verwaltungsrechtliche Standards in internationalen Abkommen	775
3. Ausstrahlung des EU-Verwaltungsrechts	776
V. Künftige Forschungsfelder	776
VI. Fazit	777
34. Nebenbestimmungen im europäischen Verwaltungsrecht – Grundlagen und unionsverfassungsrechtliche Grenzen	779
I. Nebenbestimmungen im europäischen Wirtschaftsverwaltungsrecht	780
1. Regelungstechnik der Unionsverträge	780
2. Typologie der Nebenbestimmungen	781
II. Beihilfengenehmigungen im Bankensektor als Beispiel	782
1. Hintergrund und Struktur des Art. 107 AEUV	782
2. Praxis der EU-Kommission	785
3. Verdeckte Regulierungsregime?	786
III. Unionsrechtliche Grenzen	787
1. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	788
2. Institutionelles Gleichgewicht	789
3. Wesentlichkeitsvorbehalt	790
4. Gebot der Handlungsformenklarheit	790
IV. Schlussfolgerungen	791

Nachweise der Beiträge	793
Literaturverzeichnis	797
Festgaben und Gedächtnisschriften	891
Entscheidungsverzeichnis	895
Namensverzeichnis	915
Stichwortverzeichnis	917

Abkürzungsverzeichnis

A

a.A.	andere Auffassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFTA	Asiatische Freihandelszone
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
Aktz.	Aktenzeichen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts (Zeitschrift)

B

BA	Bezirksausschuss
BayVGH	Bayrischer Verwaltungshof
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Begr.	Begründung
Ber.DGVR	Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIT	Bilateral Investment Treaty; Bilaterales Investitionsschutzabkommen
BKR	Bank- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift)

BREXIT	Britain to Exit = Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU
BRICS-Staaten	Brazil, Russia, India, China und South Africa (Im Text BRIC)
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BvR	Registrierzeichen vom Bundesverfassungsgericht für Verfahren über Verfassungsbeschwerden, sowie über Kommunalverfassungsbeschwerden
bzw.	beziehungsweise
C	
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CESifo	Center for Economic Studies (CES), ifo Institut und CESifo GmbH
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CJE	Cambridge Journal of Economics
CMLRev.	Common Market Law Review
CONV	Convention
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CU Law Rev.	University of Colorado Law Review
CYIL	Czech Yearbook of Public and Private International Law
D	
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders./dies.	derselbe/dieselbe
d.h.	das heißt
DNA	Desoxyribonukleinsäure
dt.	deutsch
Doc.	Document
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)

DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBf.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	
EA	Europa-Archiv (Zeitschrift)
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAG-Recht	Recht der europäischen Atomgemeinschaft
EAG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der europäischen Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ebd.	ebenda
EBI	Europäische Bürgerinitiative
EBLR	European Business Law Review
EC	European Community
ECLI	European Case Law Identifier
ECHR	European Court of Human Rights
ECLR	European Competition Law Review
ECN	European Competition Network
EEA	European Economic Area
EFA Rev.	European Finance Association Review
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	European Fair Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSv	Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKS-Vertrag	siehe EGKSv
EGMR	Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EG-Recht	Recht der Europäischen Gemeinschaft(en)
EG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ehm.	ehemaligen
EIB	Europäische Investitionsbank
Einl	Einleitung

EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EJIL	European Journal of International Law
EJLS	European Journal of Legal Studies
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
E.L.Rev.	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
engl.	englisch
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPIN	European Policy Institutes Network
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
et al.	und andere
etc.	et cetera (und die übrigen)
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Übereinkommen der Europäischen Gemeinschaft über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EurEnvtLLR	European Energy and Environmental Law Review
EURO	Währung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EU-Vertrag	Vertrag über die Europäische Union
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVV	Europäischer Verfassungsvertrag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
ex-Art.	ehemaliger/aufgehobener Artikel
EYIEL	European Yearbook for International Economic Law
EZB	Europäische Zentralbank

F

f.	folgende(r)
ff.	fortfolgende
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FGO	Finanzgerichtsordnung
FKVO	Fusionskontrollverordnung
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Fn.	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
franz.	französisch
franz. Verf.	französische Verfassung
FS	Festschrift
Florida S.U. L. Rev.	Florida State University Law Review

G

GA	Generalanwalt
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
gem.	gemäß
Gesamthrg.	Gesamtherausgeber
GewA	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls

GHP	Gemeinsamen Handelspolitik
GLJ	German Law Journal
GRC/GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union bzw. Europäische Grundrechtecharta
GREXIT	Greece to Exit (Austritt Griechenlands aus der Eurozone)
GS	Gedächtnisschrift
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GYIL	German Yearbook of International Law
H	
HRLRev	Columbia Human Rights Law Review
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
I	
ICJ	International Court of Justice
ICJ Rep.	International Court of Justice Reports
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
i.d.B.	in diesem Band/in der Bekanntmachung
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Einzelnen
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
IKB	IKB Deutsche Industriebank
ILJ	Institute for Law and Justice
ILR	International Law Research
Int'l J. Const. L	International Journal of Constitutional Law
IOs	Internationale Organisationen
IRAS	International Review of Administrative Sciences
i.R.d.	im Rahmen der
i.s.	im Sinne
i.S.e.	im Sinne einer/eines
i.V.m.	in Verbindung mit

ital.	italienisch
IWF	Internationaler Währungsfonds
J	
JAG HH	Juristenausbildungsgesetz Hansestadt Hamburg
JAG NRW	Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen
JEIH	Journal of European Integration History
JEPP	Journal of European Public Policy
JIA	Journal of International Arbitration
JIEL	Journal of International Economic Law
JLE	Journal of Law and Economics
JöR n.F.	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts (neue Folge)
JPE	Journal of Political Economy
J Public Econ	Journal of Public Economics
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
K	
KAS	Konrad Adenauer Stiftung
KBC Group	belgische Bank
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
KOM	Sammlung der Mitteilungen der Europäischen Kommission
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KYKLOS	International Review for Social Sciences
L	
LBBW	Landesbank Baden-Württemberg
LCP	Law & Contemporary Problems (Zeitschrift)
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)

M

MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MERCOSUR	Südamerikanischer Gemeinsamer Markt
Mio.	Millionen
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
m. jew. w. Nachw	jeweils mit weiterführenden oder weiteren Nachweisen
Mrd.	Milliarde
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen

N

Nachw.	Nachweis
NATO	North Atlantic Treaty Organization
n.F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJAG	Niedersächsisches Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVB1	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

O

o.Ä.	oder Ähnliche[s]
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OLG	Oberlandesgericht
OMT	Outright Monetary Transactions
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries

ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
österr. Bundesverfassung	österreichische Bundesverfassung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	Oberverwaltungsgericht
P	
PESCO	Permanent Structured Cooperation
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
Q	
R	
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RDUE	Revue du Droit de l'Union Européenne
REIO-Klauseln	Regionale Wirtschaftsintegrations-Klauseln
ReNEUAL	Research Network on EU Administrative Law
Res.	Resolution
Rev.	Review
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RK	Regierungskonferenz
RMCUE	Revue du Marché Commun et de l'Union Européenne
RMUE	Revue du Marché Unique européen
Rn.	Randnummer
ROAPE	Review of African Political Economy
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung

S

S.	Satz
s.	siehe
s.a.	siehe auch
SachsenLB	Landesbank Sachsen
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SIEC	Significant impediment of effective competition
SIPE	Societas Iuris Publici Europaei
SKSV	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
SLC	Substantial Lessening of Competition
Slg.	Sammlung
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StLottG	Staatslotteriegesetz
StPO	Strafprozessordnung
stRspr	ständige Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StWSt	Staatswissenschaften und Staatspraxis: rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Beiträge zum staatlichen Handeln
s.u.	siehe unten
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik

T

ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
TPP	Transpazifische Partnerschaft
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantisches Freihandelsabkommen)

U

u.A.	unter Anderem
UAbs.	Unterabsatz
UIG	Umweltinformationsgesetz
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
Univ Ill Law Rev.	University of Illinois Law Review
U.S.	United States
USA	United States of America
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
u.v.a.	und vieles andere

V

v.	von
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VE	Entwurf Vertrag über eine Verfassung für Europa
Verf.	Verfasser
VerfO EuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Union
Verwaltung	Die Verwaltung – Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VN GA/Res	VN General Assembly Adopted Resolution
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
vs.	versus (gegen)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VZA	Verstärkte Zusammenarbeit

W

WCO	World Customs Organization (Weltzollorganisation)
WestLB	Westdeutsche Landesbank
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
Wm. & Mary L. Rev	William & Mary Law Review
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WVRK	siehe WVK
WWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

X

Y

YLJ	Yale Law Journal
-----	------------------

Z

ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZFAS	Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIR	Zeitschrift Interne Revision
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

z.T.	zum Teil
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht

